



AFRIKA/MALI - Spaltung zwischen den Parteien in Bamako; Verhandlungen mit MNLA und Ansar al Dine umstritten

Bamako (Fidesdienst) – In Bamako kommt es zu einer politischen Spaltung während der Norden Malis weiterhin von islamistischen Gruppen kontrolliert wird. Wie der Sekretär der Bischofskonferenz von Mali, Pfarrer Edmond Dembele, dem Fidesdienst berichtet, wurden aufgrund der Spaltung zwischen den politischen Parteien auch die nationalen Verhandlungen vertagt, die vom 26. bis 28. November stattfinden sollten. Das Treffen soll nun vom 11. bis 13. Dezember stattfinden.

„Bei den Verhandlungen“, so Pfarrer Dembele, „werden Delegierte der verschiedenen Parteien und Bürgervertretungen sich mit der Planung der Übergangszeit mit Blick auf Neuwahlen befassen. Die Politiker konnten sich jedoch bisher nicht auf eine genaue Tagesordnung einigen, weshalb einige Parteien ihre Teilnahme abgesagt haben. Deshalb ließ der Staatschef das Treffen vertagen, in der Hoffnung, dass noch ein gemeinsamer Nenner gefunden werden kann“.

Auch die Verhandlungen, die in Burkina Faso und Algerien mit der Bewegung für die Befreiung des Azawad (MNLA) und der Bewegung „Ansar Al Dine“ auf den Weg gebracht wurden finden nicht die Zustimmung aller Parteien: „Einige politische Gruppierungen und Vertreter der Zivilgesellschaft sind gegen solche Verhandlungen, insbesondere mit der MNLA, da diese Bewegung ihrer Ansicht nach für den Ausbruch des Kriegs verantwortlich ist. Im Allgemeinen sind diejenigen, die gegen die Verhandlungen sind der Meinung, dass mit Terroristen, die Soldaten und Zivilisten ermordet haben, nicht verhandelt werden sollte und dies gilt sowohl für die MNLA als auch für die Ansar al Dine“.

„Auf der anderen Seite“, so Pfarrer Dembele weiter, „sind andere Parteien zwar ebenfalls der Ansicht, das MNLA und Ansar al Dine Mali Schaden zugefügt haben, erkennen diese Bewegungen jedoch als aus malischen Bürgern bestehende Gruppen an, mit denen verhandelt werden sollte“. „Was die humanitäre Lage angeht“, so der katholische Geistliche weiter, „hat sich die Lage zugespitzt. In der Region Mopti, an der Grenze zu dem von bewaffneten Gruppen besetzten Norden und dem Süden, kommen jede Woche fliehende Menschen an. Allein in dieser Region halten sich bereits über 40.000 Vertriebene auf. Diese Menschen leben dort unter prekären Bedingungen und es fehlen vor allem Lebensmittel und Trinkwasser“.

„Die Einwohner des Nordens sind dem Druck der Islamisten ausgesetzt, die die Gesetze der Scharia strikt anwenden: sie schreiben den Männern vor, wie sie sich kleiden sollen und zwingen Frauen zum Tragen des Schleiers. Unter diesen Auflagen leiden die meisten Einwohner der Region“, so Pfarrer Dembele abschließend. (LM) (Fidesdienst, 27/11/2012)